

Sehr geehrte Eltern , liebe Schüler,

in den letzten Monaten wurde in den Medien viel über das Aufbegehren der Gymnasiallehrer gegen die von unserer Landesregierung geplante Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung um eine Wochenstunde berichtet. Das erscheint auf den ersten Blick wenig, ist aber der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt, denn diese Maßnahme bedeutet ja erhebliche Mehrarbeit, die wesentlich mehr als eine Stunde Arbeitszeit ausmacht. Viele Gymnasien haben sich daher entschieden keine Klassen- und Studienfahrten mehr durchzuführen, um diese Mehrbelastung auszugleichen. Mit diesem Brief möchten wir Sie/euch über die Hintergründe informieren, die diese Reaktion der Lehrer hervorruft.

In den vergangenen zehn Jahren haben die Lehrkräfte aller Schulformen vielfältige Reformen erlebt, deren Umsetzung mit großem Aufwand in Planung und Organisation verbunden waren. Zu nennen sind hier – ohne Anspruch auf Vollständigkeit –

- die Integration der Jahrgänge 5 und 6 an den weiterführenden Schulen nach Abschaffung der Orientierungsstufe,
- die vielfältigen Entscheidungsprozesse im Rahmen der „eigenverantwortlichen Schule“,
- die pädagogische/konzeptionelle und organisatorische Umstellung vieler Schulen auf (Offene) Ganztagschulen,
- die Umstellung von Rahmenrichtlinien auf Kerncurricula und damit der neue Blick auf die Vermittlung von Kompetenzen,
- die deutlich gestiegene Notwendigkeit – verstärkt durch entsprechende Bewertungskriterien der Schulinspektion – von binnendifferenzierendem Unterricht, ohne durch Studium und Referendariat angemessen darauf vorbereitet zu sein,
- die intensive Nutzung neuer Medien und die Vermittlung von Medienkompetenz durch Lehrkräfte, die sich zu einem großen Teil hinsichtlich der Nutzung und der Gefahren selbst zwangsläufig auf Neuland bewegen,
- schließlich aktuell die Inklusion, deren Auswirkungen auf unsere Schulen noch nicht ansatzweise abzusehen sind und
- zeitintensive Neuerungen wie „Kopfnote“ für Arbeits- und Sozialverhalten, systematische Steuerung von Schulentwicklungsprozessen mit Evaluationen sowie die Schulinspektion kamen.

Den Kollegien aller Schulformen ist es durch erhebliche unentgeltliche Mehrarbeit gelungen, all diese Reformen und Neuerungen zum Wohle der jeweiligen Schülerschaft umzusetzen. Allerdings hat dieses viele Lehrerinnen und Lehrer an die Grenze der Belastbarkeit getrieben – Frühpensionierungen nahmen und nehmen zu, was mittlerweile selbst den Landesrechnungshof veranlasst hat, eine Entlastung älterer Lehrkräfte zu fordern.

Insbesondere an den Gymnasien waren und sind jedoch zusätzliche Reformen zu bewältigen, die über die bereits genannten Veränderungen hinaus Kolleginnen und Kollegen schon jetzt unzumutbar über Belastungsgrenzen führen, wie z.B.

- die Einführung von „G8“, die Oberstufenreform mit einem fünften Prüfungsfach und dem Seminarfach,
- das Zentralabitur (in verschiedenen Fächern demnächst bundesweit) und zentral vorgegebene, immer wieder neue Schwerpunktthemen in den Kurshalbjahren mit einer notwendig längeren Vorbereitungs- und Einarbeitungszeit der Lehrkräfte,
- organisatorisch notgedrungen häufiger zahlenmäßig große Kurse in korrekturintensiven Fächern.

Als unter der SPD-Regierung im Jahre 2000 das verpflichtende Arbeitszeitkonto für Gymnasiallehrer eingeführt wurde, das 10 Jahre lang unbezahlte zwei Unterrichtsstunden Mehrarbeit bedeutete und das seit dem letzten Schuljahr abgegolten wird, versicherte die damalige Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper, dass während der anschließenden zehnjährigen Ausgleichsphase die Arbeitszeit der Lehrer nicht verlängert werde.

Genau dies plant nun ihre Nachfolgerin und Parteikollegin Kultusministerin Frauke Heiligenstadt: eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung um eine Wochenstunde sowie eine Streichung der von der schwarzgelben Vorgängerregierung im Jahre 2012 ab dem kommenden Schuljahr beschlossenen Altersermäßigung.

Beides stellt einen eklatanten Vertrauensbruch dar. Besonders schwer wiegt, dass durch die angekündigten Maßnahmen vor allem die älteren Kollegen um die Erstattung ihrer geleisteten Mehrarbeit betrogen werden, da diese jetzt genau diese zwei Stunden mehr unterrichten sollen.

Die individuelle Belastung der Lehrerinnen und Lehrer würde damit ein solches Maß erreichen, dass eine gewissenhafte Dienstausbübung nur noch unter Streichung derjenigen Aufgaben möglich erscheint, die nicht verpflichtend sind. Gleichsam würde in diesem Zusammenhang die Unterrichtsqualität gemindert werden.

Unser Kollegium hat auf einer Personalversammlung darüber diskutiert, auf welche Weise sich das Gymnasium Lehrte an diesem Protest beteiligen sollte. Insofern erschien uns wichtig, in einem ersten Schritt Sie/euch über die Zusammenhänge und Hintergründe zu informieren und in einem zweiten Schritt über gemeinsame weitere Maßnahmen und Aktionen zu befinden und durchzuführen.

Angedacht wurde in der bereits erwähnten Personalversammlung, dass wir verschiedene fachliche, schulische Aktivitäten (Musik, Sport, Darstellendes Spiel) nicht mehr im Nachmittags- und Abendbereich stattfinden lassen, sondern in den jeweiligen Unterrichtsstunden. Die Begrenzung von Klassenarbeiten, Tests und Klausuren auf ein Mindestmaß wäre ein weiterer möglicher Schritt, um einen kleinen Teil der Mehrbelastungen zu kompensieren.

Des Weiteren sind Diskussionsforen an der Schule geplant, die mit den entsprechenden Landtagsabgeordneten von SPD und Grünen durchgeführt werden sollen, um somit unserem Anliegen nachdrücklich politisches Gehör zu verschaffen. Zusätzlich wird eine Vernetzung der Personalräte aus Hannover und der Region angestrebt, um die erforderlichen und notwendigen Maßnahmen zur Abwendung der Arbeitszeiterhöhung zu treffen.

In der Personalversammlung wurde ebenfalls über das Aussetzen der Klassenfahrten diskutiert. Eine Woche lang für ca. 30 Schülerinnen und Schüler 24 Stunden am Tag verantwortlich zu sein, stellt ein hohes Maß an Belastung für die betreuenden Lehrkräfte dar. In diesem Zusammenhang möchten wir eines abschließend betonen: Schulfahrten werden mit hohem zeitlichen und persönlichem Aufwand geplant und durchgeführt, ihre Kosten in der Regel nicht einmal voll erstattet. Dennoch verzichten viele von uns nur ungern auf diese Fahrten, die eine wichtige Ergänzung unserer pädagogischen Arbeit darstellen. Sollte es dennoch zu einer Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung kommen, muss auch am Gymnasium Lehrte darüber befunden werden, ob durch die Streichung von Klassenfahrten Lehrkräfte entlastet werden könnten.

Nicht nur für die bereits im Schuldienst tätigen Lehrerinnen und Lehrer sind die von der Landesregierung geplanten Maßnahmen von entscheidender Bedeutung. Sie haben auch Einfluss auf die gut ausgebildeten Referendare, die jetzt in den Schuldienst eintreten möchten, denn durch die Arbeitszeitverlängerung werden über 1900 Stellen in Niedersachsen nicht mit jungen Kollegen besetzt werden.

Wir hoffen, in diesem Brief die Problematik hinreichend erläutert zu haben und würden uns sehr freuen, von Eltern und Schülern bei unserem Anliegen unterstützt zu werden. Das ist uns besonders wichtig. Weiteren Anregungen Ihrer-/eurerseits stehen wir sehr aufgeschlossen gegenüber.

Mit freundlichen Grüßen

M. Greite-Arlt, Dr. R. Grobmann, V. Kühling, U. Lorenz, M. Ziemann

Der Personalrat des Gymnasiums Lehrte als Vertretung des Kollegiums